



Gestern Arbeitslose und IV-BezügerInnen, heute Sozialhilfeempfänger. Wer kommt morgen dran?

Nein zur Revision des Sozialhilfegesetzes!

Am 24. Januar 2011 hat der Berner Grossrat der Revision des Sozialhilfegesetzes zugestimmt. Diese beinhaltet eine faktische Aufhebung des Sozialhilfegeheimnisses und in dem Sinne eine krasse Einschränkung des Rechts auf Privatsphäre. Diese Revision ist Teil eines grösseren Sozialabbaus, der auf allen Ebenen des Staates stattfindet. Die PdA Bern unterstützt das Referendum dagegen.

Die „Schweizermacher“- Zeiten sind wieder da. Doch diesmal geht es um konkreteres. Diesmal steht nicht zur Frage, ob die Nachbarn einen weissen Küchenvorhang haben. Diesmal geht es nicht um graue oder braune Abfallsäcke. Heute sollen Menschen bespitzelt werden, weil sie unter Generalverdacht stehen, dass sie die Sozialhilfe missbrauchen.

Die vorliegende Revision sieht vor, dass auskunftspflichtige Personen einen Verdacht sogar auf eine blosser Übertretung der Staatsanwaltschaft mitzuteilen haben (während bei Steuerzahlern immer noch unterschieden wird, zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung). Sie schafft aus Familienangehörigen, Ärzten, Vermieterinnen usw. Mitarbeiter eines Überwachungsapparats.

Die PdA Bern setzt sich grundsätzlich gegen alle Tendenzen der Überwachung und Bespitzelung im öffentlichen Raum und im Privaten ein, im Stadion und im Wohnzimmer in der Schule und im Badezimmer in der Sozialhilfe und im Schlafzimmer. Sozialstaat statt Spitzelstaat!

Die PdA Bern stellt fest dass,

1. Die Revision unter dem Vorwand der „Missbrauchsbekämpfung“ geschrieben worden ist. Die sogenannten Missbrauchsfälle werden nicht als Einzelfälle dargestellt. Es wird als strukturelles Problem der Sozialhilfe angesehen. Doch was ist da schon ein „BMW-Fall“ gegen ein Unternehmen, das Löhne bezahlt, die zum Leben nicht reichen?
2. Es soll den Anschein haben, dass diese Revision eine verstreute Massnahme unter vielen ist. Sie ist aber Teil einer grossen Kampagne der bürgerlichen Klasse zur Zersetzung des schweizerischen Sozialsystems.
3. Diese Kampagne ist in der Stadt Bern spürbar. Wir mussten uns im Parlament in der letzten Zeit gegen mehr als ein halbes Dutzend Motionen und Interpellationen wehren. Alle wollen in die gleiche Richtung. Verdächtigungen, Sanktionen über Sanktionen, Generalvollmachten zur Überprüfung der persönlichen Daten, Disziplinierung usw.

4. Auf nationaler Ebene mussten sich die Arbeitslosen und Armutsbetroffenen gegen die Revision der Arbeitslosenversicherung wehren.
5. Der Sozialabbau wird Konsequenzen haben – für uns alle. Seien es finanzielle, wie die Kostenverlagerung durch die Revisionen der Sozialversicherungen auf die Kantone und Gemeinden, oder den daraus resultierenden Abbau der Rechte der Betroffenen, wie wir es jetzt mit dieser Revision haben.

In Anbetracht der Milliardengeschenke an die Banken und des Klassenkampfes von oben gegen unten setzt sich die PdA Bern vehement gegen jegliche Tendenzen der Bespitzelung, Ausgrenzung und Repression gegenüber Sozialhilfeempfängern ein. **Deshalb: Nein zur Revision des Sozialhilfegesetzes! Sozialhilfebezüger sind keine Steuerbetrüger!**

**SCHNÖFFLER
WIR KÖNNEN
EUCH NICHT
RIECHEN!**

AUF SPITZEL SIND WIR AUCH NICHT SPITZ. STOPPT DIE HEUCHLERISCHE
BESPITZELUNG DER INVALIDEN UND SOZIALHILFEEMPFÄNGERINNEN, IN
ANBETRACHT DER MILLIARDENGESCHENKE FÜR GROSSBANKEN UND
STEUEROASEN FÜR SUPERREICHE. ★ PARTEI DER ARBEIT BERN